

DER AUFRUF

UNABHÄNGIGES WOCHENBLATT FÜR WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE

ZUSAMMENARBEIT

REDAKTION UND ADMINISTRATION WIEN, I., RABENSTEIG Nr. 1 / Tel. A-20-8-07

POSTSPARKASSENKONTO 191.111

1. Jahrgang

Wien, am 7. Mai 1948

Nr. 1

Wir rufen auf!

Das Erscheinen eines neuen Wochenblattes mag vielen in Anbetracht des zweifellos bereits bestehenden Ueberangebots an publizistischen Erzeugnissen als eine recht problematische Angelegenheit erscheinen. Wenn mit der Herausgabe unseres Blattes trotzdem der Versuch unternommen wird, das Interesse der Allgemeinheit zu erwecken, so geschieht dies daher nicht aus spekulativen Gründen, sondern in der Ueberzeugung, daß es noch immer zahlreiche Probleme unseres staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gibt, die in der Öffentlichkeit zu wenig oder nicht in der richtigen Weise besprochen werden und daß es im allgemeinen Interesse gelegen wäre, diese Lücke nach bestem Wissen und Gewissen auszufüllen.

Wir betonen dabei, daß wir uns an keine der derzeit bestehenden politischen Parteien gebunden fühlen — auch nicht an eine vorläufig noch recht nebulöse vierte Partei! — und daß wir unsere Aufgabe vor allem darin erblicken, in Darstellung und Behandlung aller einschlägigen Probleme so objektiv und aufrichtig zu verfahren, als es uns unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich erscheint.

Publizistik bedeutet ihrem eigentlichen Wesen und ihrer Aufgabe nach Kampf um die Wahrheit — leider aber nur zu oft auch Kampf um die Lüge. In diesem Kampf, der die Perspektiven verzerrt, die Erkenntnisse trübt und eine Atmosphäre der Unsicherheit und des gegenseitigen Mißtrauens hervorruft, wollen wir unser Wort kompromiß- und vorbehaltlos in die Wagschale der Wahrheit werfen und damit unseren Beitrag zur Befriedung der Menschheit leisten.

Wir rechnen dabei auf die Unterstützung aller anständig und ehrlich Denkenden und sind uns von vornherein darüber im klaren, daß unser Versuch zum Scheitern verurteilt wäre, wenn wir dieser Hilfe entbehren müßten. Wir glauben aber, daß das Bedürfnis nach Wahrheit und Lauterkeit der publizistischen Darstellung und Behandlung aller entscheidenden Probleme heute in den weitesten Kreisen der Bevölkerung so groß ist, wie kaum je zuvor und daß daher unsere Bestrebungen jene Resonanz finden werden, deren wir zur Erzielung des nötigen Erfolges unweigerlich bedürfen.

Wir wollen den Frieden, den äußeren sowohl wie den inneren Frieden!

Wir wollen den Zusammenschluß aller anständigen und ehrlichen Menschen ohne Unterschied von Rasse und Klasse und ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit!

Wir wollen endlich die Zusammenarbeit aller, die guten Willens sind. Dazu rufen wir auf!

Jetzt haben wir aber genug!

Die Korruption des Staatsapparats

Es ist nun einmal so, daß die materiellen Folgen elementarer Weltkatastrophen mit einer starken Demoralisierung des Individuums Hand in Hand gehen und daher gewissen Zeiterscheinungen mit Verständnis begegnet werden muß.

Dieses Verständnis hat allerdings seine Grenzen, und zwar sind diese Grenzen dort gezogen, wo es um die Lebensinteressen eines Staates geht, der anders auf ein Niveau absinken würde, das man in früherer Zeit mit dem Wort „Balkan“ umschrieb.

Durch die jüngsten Vorgänge im Kreise der Wirtschaftspolizei, denen immerhin der Charakter einer „Spitzenleistung“ auf dem Gebiet der Korruption innewohnt, ergibt sich wieder einmal die Notwendigkeit einer Gewissensforschung. Sind solche Sensationen wirklich unvermeidlich und was können wir tun, um das Uebel an seiner Wurzel zu erfassen?

Diese Frage ist keineswegs von heute und sie wurde bereits zu wiederholten Malen gestellt, aber leider nie beantwortet. Vom Oberstaatsanwalt Pastrovich angefangen, dessen unreine Gangart schon sehr lange vor seiner Entlarvung den zuständigen Stellen bekannt gewesen sein mußte, über zahllose Verfehlungen höherer und niederer Funktionäre des öffentlichen Lebens hinweg, ziehen die Giftschwaden der Korruption über die Gangsterplatte der Gendarmerie von Straßhof durch die Apparatur des Staates und haben nunmehr in den Amtsräumen der Wirtschaftspolizei ihren derzeit bemerkenswertesten Gestank verbreitet.

Die schmutzige Wäsche muß gewaschen werden

Was uns an diesen Angelegenheiten am unerträglichsten erscheint, ist das offenkundige Bestreben der Vertuschung und Vernebelung, das immer wieder beobachtet werden muß.

Die schmutzige Wäsche muß gewaschen werden, und zwar muß diese „Wäsche“ so erfolgen, daß kein Zweifel an dem ehrlichen Ordnungswillen

der Behörden Bestand haben kann.

Nun leben wir leider in einem Parteienstaat und die Folge davon ist, daß der Staatsbeamte von heute sich vielfach der Erkenntnis der Vorteile nicht entziehen kann, die eine parteimäßige Eingliederung und Bindung für ihn mit sich bringt, zumal er häufig genug überhaupt seine Einstellung in den Staatsdienst einer solchen Bindung verdankt. Man nennt das bekanntlich Demokratisierung der Verwaltung und hat damit glücklich das Parteiinteresse zum Rivalen der Staatsinteressen gemacht.

Wenn ein solcher Beamter dann strauchelt, fühlt sich die Partei kompromittiert und bemüht sich natürlich, nach Möglichkeit einen öffentlichen Skandal zu verhindern. Nach dem Grundsatz: „Haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden!“ entwickelt sich ein permanenter Kuhhandel zwischen den politischen Parteien untereinander.

Die Schubladen der Parteischreibstische sind gefüllt mit Korruptionsaffären — natürlich nur von solchen, die die anderen Parteien betreffen — und gelangen nur darum nicht an das Licht der Öffentlichkeit, weil man davor zittert, die ebenso gefüllten Schubladen der Gegenseite zur Entladung zu bringen. Was aber bei dieser Methode gegenseitiger Duldung notwendigerweise herauskommt, das können wir täglich erleben: die Korruption des Staatsapparats und damit die Zerstörung des letzten Vertrauensrestes der Bevölkerung.

Wir verlangen von einer verantwortungsbewußten Regierung die rücksichtslose Säuberung und Beseitigung aller Korruptionsherde in der Verwaltung, bei der Polizei und den Wirtschaftsstellen, damit das österreichische Volk das Vertrauen wiedergewinnen kann, das es einmal — lang, lang ist's her! — seinen Behörden entgegenbrachte!

Es gibt keinen anderen Weg!

Von Generalkommissär a. D. Dr. Wilhelm Loebl

Drei Zugriffe des Staates auf den Geldumlauf innerhalb von drei Jahren geben uns zu denken. Die Menschen sind doch schließlich keine Bienen, denen man in jedem Monat den Honig wegnimmt. Wird uns durch die geplante Vermögensabgabe endlich einmal auf längere Zeit hinaus geholfen oder sollen solche Maßnahmen dauernd jährlich wiederkehren?

Noch lasten die Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes auf allen Schaffenden. Es ist wohl richtig, daß die Preise gesunken sind, aber gleichzeitig ist festzustellen, daß trotzdem nur wenig gekauft wird. Das Währungsschutzgesetz hat das Geld weggenommen, daher hat man kein Geld, um die billigeren Waren zu kaufen. Eine neue Vermögensabgabe dürfte die Lage noch verschär-

Aus dem Inhalt:

Brauchen wir ein Bundesheer?

Sinn und Widersinn der Finanzpolitik

Diskussion über Arbeit

Das Märchen vom sozialen Staat

Der Kongreß der Parteilosen

fen, auch wenn die Zahlungen auf einige Jahre hinaus verteilt werden. Wir hören, daß infolge der großen öffentlichen Ausgaben die neue Abgabe unvermeidlich sei. Wohl wird uns gesagt, eine große Verwaltungsreform, ein Umbau der Gesetzgebung, Einschränkung der Ämter, Ordnung der Staatsbetriebe werde zu einer Senkung der öffentlichen Ausgaben führen, aber dazu seien eingehende Studien und mehrjährige Vorarbeiten erforderlich, die bisher noch nicht begonnen werden konnten, weil die Alliierten noch im Lande seien, der Staatsvertrag noch nicht abgeschlossen wurde. Diese Begründung scheint nicht überzeugend. Warum sollte uns die Anwesenheit der Alliierten hindern, einen durchdachten Plan auszuarbeiten, um den wir schon wiederholt ersucht wurden. Man kann vielleicht behaupten, die Durchführung des Aufbauplanes sei derzeit noch schwierig, aber die Planung als solche doch gewiß nicht. Im übrigen fehlt es nicht an Stimmen, die die Ansicht vertreten, daß nach der Abreise der Alliierten die Durchführung vielleicht noch schwieriger sein würde als heute, weil dann kein freundschaftlich vermittelnder Dritter für die Streitfragen der Parteien da sein werde. Unterdessen wachsen aber die Ausgaben aller Verwaltungszweige, also das Defizit weiter. Will man etwa durch Jahre hinaus bis zur Fertigstellung der sagenhaften Verwaltungsreform weitere Abschöpfungen durchführen? Dann würden voraussichtlich alle schaffenden Menschen die Hoffnung aufgeben und die Arbeit einstellen. Bevor die Wirtschaft durch die Wunder der Verwaltungsreform zu neuem Leben erweckt würde, wäre sie längst gestorben. Wenn man aber Zutrauen zur geplanten Reform hat und ihre unbedingte Notwendigkeit einsieht, warum führt man sie dann nicht sofort durch? Die dringendsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Maßnahmen müßten sich in der Zeit von wenigen Monaten fühlbar auswirken, so wie sie sich auch im Jahre 1924 ausgewirkt haben. Die Reform ist ein Kampf gegen Unordnung und Vergeudung des Volkseinkommens und für diesen Kampf ist allerdings eine Tugend unvermeidlich: sie heißt Mut.

Es wäre ganz zwecklos, solche Betrachtungen anzustellen, wenn die Lösung dieser Fragen nicht so überraschend einfach wäre. Nach dem ersten Weltkrieg waren die Aufgaben wesentlich schwieriger und größer als jetzt. Damals gab es keinen Marshall-Plan, niemand ernährte uns, hunderttausende strömten aus den verlorenen Provinzen nach Wien, die Währung stürzte ins bodenlose. Glücklicherweise war die Lage bald so schlecht geworden, daß keine Zeit zu tiefgründigen Betrachtungen, endlosen Beratungen und Theorien blieb. Diese schwere Zeit hatte die richtigen Männer gefunden.